



Margit Berndl

Wege zu einer inklusiven Gesellschaft in Bayern: Was können wir tun? Was brauchen wir?

Publikation

Vorlage: Datei des Autors
Eingestellt am 26.04.2013 unter
www.hss.de/download/130419_Berndl_RM.pdf

Autor

Margit Berndl
Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in
Bayern

Veranstaltung

„Menschen mit Autismus in Bayern – Inklusion“
Kooperationsveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung
mit dem Autismuskompetenzzentrum Oberbayern
am 19. April 2013 im Konferenzzentrum München

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der
Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser
Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).

In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Fachtagung 19. April 2013

Menschen mit Autismus in Bayern – Inklusion-

Herausforderungen für Wissenschaft, Leistungserbringer, Politik und Gesellschaft

Margit Berndt

Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern

**Wege zu einer inklusiven Gesellschaft in Bayern:
Was können wir tun? Was brauchen wir?**

Ansprache

als mich Herr Dr. Witzmann für die heutige Fachtagung eingeladen hat, habe ich sofort zugesagt. Ich bin sehr gerne gekommen, da das Thema Inklusion für den Paritätischen in Bayern einen sehr hohen Stellenwert hat.

Warum ist Inklusion für den Paritätischen ein besonders wichtiges Thema?

- Wir haben eine Reihe von Mitgliedsorganisationen bei uns, die ihre Wurzeln in der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung sowie der Selbsthilfe und Elternselbsthilfe haben. Unsere Mitgliedsorganisationen vertreten die Ziele der Inklusion zum Teil schon seit Jahrzehnten.
- Der Paritätische in Bayern hat 2011 „**Zehn Forderungen zur Inklusion**“ veröffentlicht, die durchwegs positive Resonanz gefunden haben.

- Ende März 2012 haben wir eine **Woche der Inklusion** gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen in allen Bezirksverbänden durchgeführt. Wir haben inklusive Praxisbeispiele gezeigt und Neues auf den Weg gebracht. Ein interessantes Praxisbeispiel ist das Projekt „Inklusiver Tiergarten Nürnberg“. Projektpartner sind u. a. der Paritätische, der Nürnberger Tiergarten und Menschen mit Behinderungen aus Mitgliedsorganisationen. Mit diesem Projekt wirken wir in den Sozialraum hinein, tragen dazu bei, alltägliche Barrieren abzubauen.

Die „Zehn Forderungen zur Inklusion“ haben wir in **Leichte Sprache** übersetzen lassen.

Inklusion wird übersetzt mit: „Alle sollen dabei sein. Alle gehören dazu.“ Das klingt einfach, ist aber eine große gesellschaftliche Vision mit gewaltigen Herausforderungen für

1. die gesamte Gesellschaft und ihre Institutionen
2. speziell für das Unterstützungs- und Hilfesystem, d .h. die Anbieter von Unterstützungsleistungen, und
3. für die Ausgestaltung der nicht nur finanziellen Rahmenbedingungen, d. h. die Kostenträger und damit wieder auch Staat und Gesellschaft.

1. Inklusion ist eine Vision, die im Kern unser gesellschaftliches Selbstverständnis betrifft.

Wir müssen konkrete Antworten darauf geben, wie wir mit menschlicher Vielfalt umgehen wollen. Berührt ist auch die Frage, welche individuelle und gesellschaftliche Wertschätzung wir Menschen entgegenbringen, die anders sind, die Einschränkungen durch Behinderung haben oder einen anderen kulturellen Hintergrund mitbringen. Wir müssen ganz konkrete Antworten darauf geben, wie wir mit dem Anderssein in Regeleinrichtungen, z. B. in Kindertagesstätten und Schulen, umgehen. Dass es geht, zeigt für mich unsere Mitgliedsorganisation das „Kleine Private Lehrinstitut Derksen“. Das staatlich anerkannte Gymnasium in freier und privater sowie gemeinnütziger Trägerschaft führt nichtbehinderte und Kinder mit den unterschiedlichsten Behinderungen, darunter auch Kinder mit Autismus, erfolgreich zum Abitur. Mich persönlich hat bei einer Hospitation am meisten beeindruckt, wie selbstverständlich die Kinder und Jugendlichen miteinander umgehen.

Eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe, wie sie die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt, ist nicht passiv zu verstehen. Sie bedeutet, den eigenen Lebensbereich selbstbestimmt und aktiv mitgestalten zu können. Teilhabe heißt eben nicht Anpassung an eine so genannte Normalität und damit Integration. Inklusion heißt Wandel in den Köpfen und durchgreifende strukturelle Veränderungen in unseren gesellschaftlichen Institutionen, z. B. in den Kindertagesstätten, in der Schule, Freizeiteinrichtungen sowie in Unternehmen.

Damit bin ich bei der 2. großen Herausforderung. Das Ziel der Inklusion betrifft das Unterstützungssystem, mithin auch das professionelle Selbstverständnis. Der Paritätische vertritt ein Inklusionsmodell, das davon ausgeht, dass individuelle Teilhabefähigkeiten und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten miteinander verschränkt sind. Menschen bringen sehr individuelle Fähigkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe mit. Gleichzeitig stoßen sie auf vielfältige Barrieren, die sie ausgrenzen.

Die angemessene Bereitstellung von individueller Förderung und Unterstützung ist unverzichtbar. Das Unterstützungssystem mit ihren therapeutischen und pädagogischen Angeboten, das bisher vor allem an den individuellen Teilhabefähigkeiten ansetzt, muss jedoch deutlich mehr mit dem Lebensumfeld verschränkt werden. Wir müssen viel stärker als bisher daran mitwirken, die Teilhabemöglichkeiten z. B. im Sozialraum im Sinne der Inklusion zu erweitern, also sozialraumorientierter zu arbeiten. Auszüge aus Einrichtungen verzögern sich beispielsweise, weil Vermieter Menschen mit Beeinträchtigungen keine Wohnung geben. Es bedarf der Sensibilisierung. Diese erweiterte Aufgabenstellung wird nicht ohne zusätzliche personelle Ressourcen möglich sein, die wiederum zu finanzieren sind.

Und damit bin ich 3. bei den Rahmenbedingungen angekommen.

Inklusion kostet. Inklusion braucht Verbindlichkeit und somit politischen Willen. Der Aktionsplan der Bayerischen Staatsregierung zur Umsetzung der Inklusion lässt diesbezüglich Wünsche offen. Es fehlt eine verbindliche Zeitschiene für einzelne Maßnahmebereiche sowie die Bereitstellung von Mitteln.

Um im Sinne der Inklusion erkennbar voranzukommen, sind eine verbindliche Zeitplanung und die Bereitstellung finanzieller Mittel die Voraussetzung. Dass dabei Prioritäten gesetzt werden müssen, dass nicht alles sofort umsetzbar ist, ist selbstverständlich. Der Paritätische hätte sich mehr Gestaltungswillen gewünscht.

Inklusion braucht zwingend die Überwindung des Denkens und Handelns in Zuständigkeitsgrenzen. Ein anschauliches Beispiel ist die Diskussion um die Zuständigkeit für die Schulbegleiter.

Die Ausgestaltung des Sozialraums vor Ort, der Kindertagesstätte oder der Schule entscheidet ganz konkret darüber, ob Kinder oder Erwachsene selbstverständlich dabei sein können. Der Verweis auf die jeweils andere Zuständigkeit für z. B. die Finanzierung führt nicht weiter. In der Eingliederungshilfe ist ein Gesamtkonzept notwendig. Darüber, wie das Ziel der Inklusion erreicht werden soll, gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen. Damit wir wirklich weiterkommen, müssen sich alle relevanten Akteure (Bezirke, Vertreter/-innen der Wohlfahrtsverbände, Vertreter/-innen von Betroffenen) einschließlich der kommunalen Vertreter als Verantwortliche für die kommunale Daseinsvorsorge an einen Tisch setzen und sich abstimmen.

Nur so kommen wir dem Ziel „Alle sollen dabei sein. Alle gehören dazu.“ ein Stück näher.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.